

R W L

Verwaltungs- und Beteiligungs- AG

Bremen

WKN 778630

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2004



Inhalt

	Seite
• Einberufung der Hauptversammlung Tagesordnung	3 - 4
• Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004	5 - 10
• Lagebericht für das Geschäftsjahr 2004	11
• Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2004	12



RWL Verwaltungs- und Beteiligungs- AG**Bremen****WKN 778630****Einberufung zur Hauptversammlung**

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am
Freitag, dem 12. August 2005, 11.00 Uhr,
im Sorat Hotel Ambassador Berlin, Bayreuther Straße 42-43, 10787 Berlin
stattfindenden Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage** des festgestellten Jahresabschlusses der RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG zum 31.12.2004 nebst Lagebericht und dem Bericht des Aufsichtsrats.

2. **Bericht** des Vorstandes zum abgelaufenen Geschäftsjahr.

3. **Entlastung** des Vorstands für das Geschäftsjahr 2004.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand Entlastung für das Geschäftsjahr 2004 zu erteilen.

4. **Entlastung** des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2004.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlastung für das Geschäftsjahr 2004 zu erteilen.

5. **Wahl des Abschlussprüfers** für das Geschäftsjahr 2005.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die WK Wirtschaftsberatung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft Kaiserslautern, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

6. **Verschiedenes**

Vorstand und Aufsichtsrat haben hierzu keine Vorschläge.



Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 5. Werktag vor dem Versammlungstag, wobei der Samstag nicht als Werktag gilt, also bis zum 5. August 2005, während der üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaft (z.Hd. BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Bayreuther Straße 35, 10789 Berlin) oder der nachstehend genannten Hinterlegungsstelle hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden. Sofern die Kreditinstitute am 5. Werktag vor dem Versammlungstag geschlossen haben, ist der Stichtag der letzte diesem Tag vorangehende Arbeitstag der Kreditinstitute.

Hinterlegungsstelle ist die Deutsche Bank mit allen ihren Niederlassungen.

Darüber hinaus kann die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Fall ist die Bescheinigung hierüber spätestens am Tag nach dem Ablauf der Hinterlegungsfrist (7. August 2005) bei der Gesellschaft einzureichen.

Von der Hinterlegungsstelle werden gegen Hinterlegung der Aktien Eintrittskarten ausgestellt, die zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigen.

Fragen auf der Hauptversammlung

Aktionäre, die auf der Hauptversammlung Fragen stellen möchten, werden gebeten, uns die Fragen möglichst vor der Hauptversammlung schriftlich per Adresse BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Bayreuther Straße 35, 10789 Berlin, mitzuteilen. Die Fragen können dann eingehend bearbeitet und beantwortet werden.

Bevollmächtigung

Das Stimmrecht kann auch durch einen Bevollmächtigten oder durch eine Vereinigung von Aktionären ausgeübt werden.

Der Vorstand



BILANZ zum 31. Dezember 2004

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

AKTIVA	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	23.679,57	243.192,30
B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	134.772,59	106.808,96
	<hr/>	<hr/>
	158.452,16	350.001,26
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>



BILANZ zum 31. Dezember 2004

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

PASSIVA	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		2.607.588,59	2.607.588,59
II. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage		260.758,86	260.758,86
III. Bilanzverlust		3.003.120,04-	2.975.156,41-
nicht gedeckter Fehlbetrag		134.772,59	106.808,96
		<hr/>	<hr/>
buchmäßiges Eigenkapital		0,00	0,00
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		8.300,00	6.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.779,57		234.767,66
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 3.779,57 (Euro 234.767,66)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.600,00		2.424,64
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 11.600,00 (Euro 2.424,64)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit Rangrücktritt	<u>134.772,59</u>		<u>106.808,96</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 134.772,59 (Euro 106.808,96)		150.152,16	344.001,26
		<hr/>	<hr/>
		158.452,16	350.001,26
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Gewinn und Verlustrechnung vom 01.01.2004 bis 31.12.2004

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. sonstige betriebliche Erträge	0,00	610,58
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	0,00	2.320,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	24.892,46	16.196,25
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.964,03	12.747,95
- davon aus verbundenen Unternehmen Euro 8.964,03 (Euro 12.747,95)		
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>12.035,20</u>	<u>17.252,00</u>
- davon an verbundene Unternehmen Euro 4.284,06 (Euro 3.279,85)		
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.963,63-	22.409,72-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	2.402,88
8. Jahresfehlbetrag	27.963,63	24.812,60
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	<u>2.975.156,41</u>	<u>2.950.343,81</u>
10. Bilanzverlust	<u><u>3.003.120,04</u></u>	<u><u>2.975.156,41</u></u>

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004 der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

II. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung einschließlich der Vornahme steuerrechtlicher Maßnahmen

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Der Posten sonstige Rückstellungen enthält die Rückstellung für Abschluss und Prüfung des Geschäftsjahres 2004.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Im Posten sonstige betriebliche Aufwendungen sind im wesentlichen die Kosten für die Hauptversammlung, Rechts- und Beratungskosten sowie die Abschluss- und Prüfungskosten enthalten.

Daneben sind in diesem Posten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von Euro 11.600,00 enthalten, die Jahresabschlusskosten für das Jahr 2002 betreffen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag dieser Verpflichtungen beläuft sich auf EUR 120.569,23.

Mit der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH wurde bis zum 31.12.2001 ein Ertragszuschuss in Höhe von DM 235.812,92 (Euro 120.569,23) vereinbart und mit einer Besserungsabrede versehen. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, ist nach dieser Ertragszuschussvereinbarung verpflichtet, den Ertragszuschuss von Euro 120.569,23 nebst Zinsen von 5 % p.a. auf schriftliche Anforderung zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung der Gesellschaft zum 31.12.2004 hat die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH bezüglich dreier Darlehen aus 2002, 2003 und 2004 in Höhe von insgesamt maximal Euro 200.000,00 (Ausweis zum 31.12.2004 Euro 134.772,59) einen Rangrücktritt auch im Falle der Insolvenz der Gesellschaft in voller Höhe erklärt. Danach tritt die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH mit ihrer Forderung unwiderruflich hinter sämtlichen Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger zurück, solange und soweit die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG überschuldet ist. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, das Darlehen zurückzuzahlen, sobald die Überschuldung beseitigt ist.

IV. Sonstige Pflichtangaben

Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates

Einziges **Vorstand** des Unternehmens im Geschäftsjahr war Herr Ulrich Bühne, Dipl.-Betriebswirt, Berlin.

Dem **Aufsichtsrat** gehörten folgende Personen an :

Herr Dr. Rüdiger Leykam, Rechtsanwalt und Notar, Bremen, Vorsitzender
 Herr Hans-Jörg Simon, Dipl.-Volkswirt, Berlin, stellvertretender Vorsitzender
 Herr Johannes Beelen, Dipl.-Kaufmann, Solingen

Die folgenden Mitglieder des Aufsichtsrates sind in weiteren Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG vertreten:

Herr Simon:
 Mitglied Verwaltungsrat der INDEXA Inmobiliaria S.A., Madrid

Herr Beelen:
 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Böwe System AG, Augsburg
 Vorsitzender des Beirats der Jaguar Stahlwarenfabrik GmbH & Co. KG, Solingen
 Mitglied Board of Directors Arcos Hermanos S.A., Albacete, Spanien
 Mitglied des Beirats der M.H. Wilkens, Bremen

Angaben über die Gattung von Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft lautet auf Euro 2.607.588,59 und ist eingeteilt in 102.000 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Satzungsänderung

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29.08.2002 ist die Satzung insgesamt neu gefasst.

Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 29.08.2007 um bis zu Euro 1.303.794 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bisher wurde von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Angabe über das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die nach § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG i.V.m. § 22 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 2 AktG der Gesellschaft mitgeteilt worden ist

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, hat gemäß § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG am 01.04.2002 mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte an der Gesellschaft gehören.

Gleichzeitig hat sie mitgeteilt, dass Frau Brita Gerling-Koehne und Herrn Dr. Dr. h.c. Rainer Koehne, Mülheim an der Ruhr, die zu je 50 % an der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH beteiligt sind, ebenfalls die Mehrheit der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG zustehen. Diese Stimmrechte werden ihnen gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 3 WpHG zugerechnet.

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, hält insgesamt 81,61 % der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG.

Vergütungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Dem Vorstand und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung gewährt, da diese auf ihre Vergütung verzichtet haben.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren im Unternehmen keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft hat am 09.03.2005 die nach § 161 AktG geforderte Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Bremen, 10.03.2005

Ulrich Bühne, Dipl. Betriebswirt
- Vorstand -

RWL Verwaltungs- und Beteiligung - AG

Lagebericht zum 31. Dezember 2004

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2004 war weiterhin von der kontinuierlichen Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes gekennzeichnet. Ziel war es dem Gesellschaftszweck entsprechend, eine strategische Neuausrichtung zu planen. Aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Umfeldes ließ sich diese Neuausrichtung trotz intensiver Bemühungen bisher aber nicht verwirklichen. Die Liquidität der Gesellschaft ist vorläufig sichergestellt; die insolvenzrechtliche Überschuldung zum 31. Dezember 2004 wird durch Darlehen mit Rangrücktrittserklärungen durch den Mehrheitsgesellschafter, die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, ausgeglichen.

Der Vorstand hat folgende Schlusserklärung gemäß § 312 AktG abgegeben:

Die Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen zum Nachteil der Gesellschaft sind weder getroffen noch unterlassen worden.

Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet. Das nächstliegende Ziel der Gesellschaft ist die Aufbringung des notwendigen Gesellschaftskapitals. Es ist beabsichtigt diese Maßnahme dann in Gang zu setzen, wenn und sobald dies aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten für vertretbar gehalten wird. Die Rückstellungen entsprechen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und sind nach dem heutigen Kenntnisstand ausreichend bemessen.

Solange der Gesellschaft kein neues Kapital zugeführt wird, hängt die weitere Existenz der Gesellschaft davon ab, dass Ihre laufenden Kosten von außenstehenden Personen getragen werden.

Berlin, im März 2005

Ulrich Bühne

Vorstand

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG

Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2004

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr entsprechend seinen gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Es haben vier Sitzungen stattgefunden, in denen sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Lage der Gesellschaft hat unterrichten lassen. Gegenstand der Berichterstattung des Vorstands waren insbesondere die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft sowie die Vermögens- und Finanzlage. Auch über die kontinuierliche Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes hat der Aufsichtsrat sich laufend berichten lassen. Ausschüsse des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr 2004 wegen noch nicht vorhandener Geschäftstätigkeit nicht gebildet worden.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2004 aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft sowie der Lagebericht zum 31.12.2004 sind unter Einbeziehung der Buchführung durch den in der Hauptversammlung am 20.07.2004 gewählten Abschlussprüfer, die WK Wirtschaftsberatung GmbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft - Kaiserslautern, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat keine Einwendungen erhoben und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden in Anwesenheit des Abschlussprüfers eingehend besprochen. Der Aufsichtsrat erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen und schließt sich dem Ergebnis des Abschlussprüfers an. In seiner Sitzung am 10. Juni 2005 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004 gebilligt. Er ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat außerdem der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2004 vorgelegen. Der Bericht ist ebenfalls vom Abschlussprüfer geprüft und mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen worden:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Er stimmt ihm zu, ebenso dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2004.

Mülheim, im Juni 2005

Für den Aufsichtsrat

Dr. Leykam
Vorsitzender

